

Molina macht Platz für eine Frau

BERN Der Juso-Präsident Fabian Molina tritt von seinem Amt zurück. Er begründete seinen Entschluss gestern an der Jahresversammlung in Bern damit, dass es Zeit für eine weibliche Parteichefin sei. Der 25-jährige Zürcher war während knapp zweieinhalb Jahren Präsident der Juso. Mit ihm treten per 18. Juni die Vize-Präsidentin Hanna Bay und der Vize-Zentralsekretär François Clément zurück, wie die Partei in einer Mitteilung schreibt. (FB)

Offiziersgesellschaft mit neuem Präsidenten

CHUR Die Schweizerische Offiziersgesellschaft (SOG) hat den Oberst im Generalstab Stefan Holenstein zum Präsidenten gewählt. Der 54-jährige Direktor des Automobil-Clubs der Schweiz (ACS) folgt auf Brigadier Denis Froideveaux, der das Präsidium nach vier Jahren abgibt, wie die SOG mitteilt. Mit Holenstein hat sich ein Kandidat durchgesetzt, der als lösungsorientiert und breit abgestützt gilt. Ihm unterlag Marcus Graf, der bis vor kurzem Mitglied der konservativen Gruppe Giardino war. Die SOG diskutierte darüber hinaus den Sicherheitspolitischen Bericht 2016 des Bundesrats und lehnt ihn einstimmig ab. Ausserdem kritisierten die Offiziere die Aufweichung der Wehrpflicht. (FB)

Vier Verletzte bei Schlägerei in Uster

USTER Eine Schlägerei vor einer Bar in Uster mit wahrscheinlich zehn Beteiligten hat am frühen Samstagmorgen vier Verletzte gefordert. Eine Frau und drei Männer im Alter zwischen 20 und 45 Jahren wurden leicht bis mittelschwer verletzt. Die Kantonspolizei fahndet nach drei bis fünf Männern mit «balkanischem Aussehen», wie sie schreibt. (FB)

FDP-Frauen nehmen neu auch Männer auf

BASEL Die FDP-Frauen wollen künftig auch Männer als vollwertige Mitglieder aufnehmen. Das haben sie gestern an der Generalversammlung in Basel beschlossen. Männer konnten bisher Passivmitglieder sein. Jetzt soll ihre Stellung aufgewertet werden, wie die FDP-Frauen in einer Mitteilung schreiben. Sie wollen mit den Männern auf Augenhöhe zusammenarbeiten, insbesondere mit Blick auf Themen wie Vereinbarkeit von Beruf und Familie und neue Geschlechterrollen. (FB)

WETTER

Hochnebel lichtet sich

Mit mässiger bis starker Bise weiterhin ein Gemisch aus Hochnebel und sonnigen Phasen. Entlang der Voralpen Nieselregen. 5 bis 7 Grad. 30

GEWINNZAHLEN

Swiss Lotto:

2	15	19	21	24	31
Glücks-Zahl					2
Replay-Zahl					5

Die Gewinne:

6 GZ	0 à CHF	0.00
6	0 à CHF	0.00
5 GZ	9 à CHF	12'405.90
5	32 à CHF	1'000.00
4 GZ	415 à CHF	158.40
4	1'867 à CHF	87.90
3 GZ	6'729 à CHF	24.65
3	29'428 à CHF	11.25

Jackpot 5'000'000

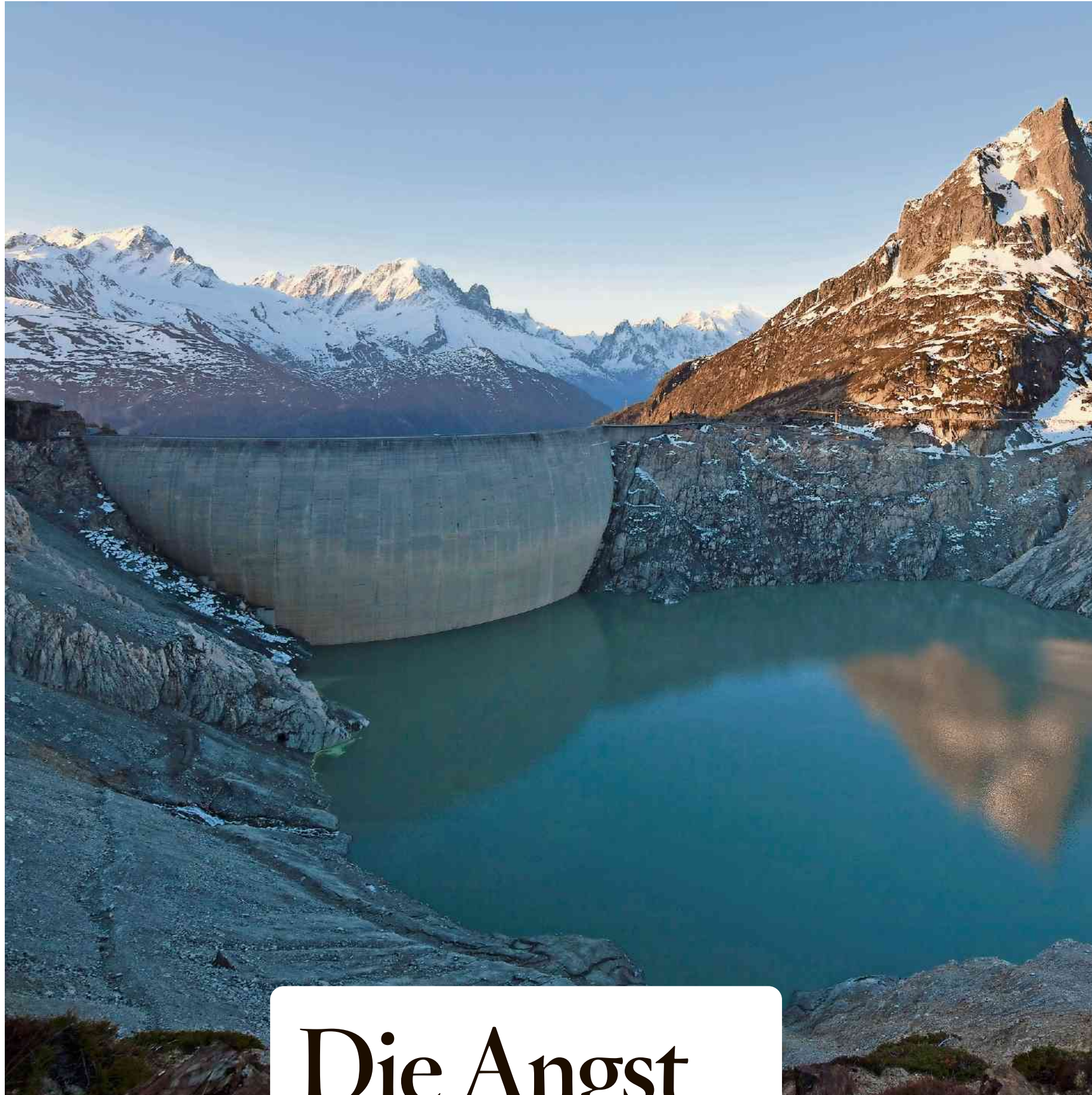
Joker:

9	8	7	0	4	1
6	0 à CHF	0.00			
5	3 à CHF	10'000.00			
4	10 à CHF	1'000.00			
3	151 à CHF	100.00			
2	1'403 à CHF	10.00			

Euro Millions:

1	21	26	40	43	6/9 Sterne
---	----	----	----	----	------------

2 ENERGIEPOLITIK



Stausee Wasserkraft

Die Angst vor dem Ausverkauf

In Sachen Energiestrategie 2050 findet zurzeit ein Umdenken in der Politik statt

VON OTHMAR VON MATT

Selten hat ein Tag so viel Bewegung in einem politischen Thema gebracht wie der Montag. Da gab der Stromkonzern Alpiq für 2015 einen Verlust von 830 Millionen bekannt – und kündigte an, Beteiligungen von Wasserkraftwerken zu verscherbeln. Fröhlich hatte die «Basler Zeitung» ein Notfall-Konzept publik gemacht, das die Agentur Hirzel Neef Schmid Konsulenten im Auftrag von Alpiq erstellt hatte. Es zeigt den Weg auf, über den Wasserkraft und Atomstrom mit Staatshilfe wieder rentabel gemacht werden sollen.

Das waren Neuigkeiten, welche die Diskussionen im Parlament bestimmten und grundsätzliche Fragen aufwerfen. «Die ganze Ausstiegsallianz ist am Umdenken», sagt Bastien Girod gar, Nationalrat der Grünen. Im Zentrum stehen die Wasserkraftwerke, die Alpiq verkaufen will. Es gibt eine spürbare Furcht, dass die Wasserkraft plötzlich zum Nulltarif ins Ausland verkauft werden könnte. Analog zum Fall Lufthansa, die sich die Swiss so einverleibte.

Zu den Politikern, die einen Ausverkauf der Wasserkraftwerke ins Ausland verhindern wollen, gehört BDP-Nationalrat Urs Gasche, gleichzeitig Verwaltungsrats-Präsident der BKW. «Ich fände eine Auffanggesellschaft für Wasserkraftwerke eine prüfenswerte Idee», sagt er. «Die Schweizer Wirtschaft und langfristig ausgerichtete Infrastruktur-Anlagefonds von Banken wie der CS und der UBS könnten hier aktiv werden.» Eine solche

Lösung würde ihm «wesentlich besser» gefallen, als wenn es zu einer Verstaatlichung käme. Wasserkraft ist für Gasche eine bedeutende Zukunftsenergie, «weil sie sauberen, CO₂-freien Strom liefert und eine der wenigen natürlichen Ressourcen unseres Landes ist».

Ein noch weiter gehendes Umdenken hat bei den Grünen eingesetzt. Nationalrat Girod will eine Motion einreichen, um die Rahmenbedingungen für die Wasserkraft zu verbessern – mit einer Quote. «Wir wollen die inländische Quote revitalisieren», sagt Girod. Wer in der Schweiz Strom verkaufe, müsse zu mindestens 60 Prozent Wasserkraft und einheimische erneuerbare Energie verkaufen.» Mit einer Quote könne die Wirtschaftlichkeit verbessert werden. Damit schütze man wertvolle Arbeitsplätze.

Girod glaubt, dass die Atom-Ausstiegsallianz inzwischen gewisse Dinge neu beurteilt. Etwa die Lenkungsabgabe, die noch Eveline Widmer-Schlumpf auf-

geleistet hat. «Diese Lenkungsabgabe ist leider eine Totgeburt», sagt er. «Mit der geplanten Lenkungsabgabe kann die Situation der einheimischen erneuerbaren Stromproduktion nicht gross verbessert werden», sagt Girod.

FÜR DIE GRÜNEN IST KLAR: Sie werden keine Hand bieten zu einer Rettung der Alpiq. «Sonst werden am Ende noch Atom- und Kohlestrom subventioniert», sagt Girod. «Das Portfolio von Alpiq besteht zu 30 Prozent aus Atomstrom und zu 42 Prozent aus Kohle und Gas.» Dass Alpiq einen bedeutenden Teil der Wasserkraft verkaufe, sei eine Chance für die kleineren Schweizer Stromversorger.

Bemerkenswert ist, dass sogar aus der SVP Zeichen kommen, dass im Ernstfall bei der Wasserkraft eine gewisse Verhandlungsbereitschaft vorhanden ist. «Müsste man befürchten, dass eine systemrelevante Anlage stillsteht, müsste man wohl über Notmassnahmen reden»,

sagt Nationalrat Albert Röstli. Zurzeit aber setzt Röstli auf eine Senkung der Fixkosten bei allfälligen Übernahmen und bessere Rahmenbedingungen. Diese können unter anderem die Kantone über die Wasserzinsen beeinflussen.

Stark verärgert über die Lobby-Agentur der Konsulenten ist man bei der Gruppe «Wirbelsäule Wasserkraft». Ihr gehören die Industriellen Werke Basel (IWB), die Forces Motrices Valaisannes (FMV), die Azienda Elettrica Ticinese (AET) an – und die Alpiq. Die Konsulenten hätten Lobbying für die «Wirbelsäule Wasserkraft» betrieben. Gleichzeitig hätten sie, unabgesprochen, ein Langfrist-Konzept für die Alpiq ausgearbeitet, sagt ein Insider. «Das geht gar nicht.»

Zwar sei nun die schwierige Situation der Wasserkraft auf dem Tisch. Die Mitglieder der «Wirbelsäule Wasserkraft» werden Anfang Woche über das weitere Vorgehen entscheiden. Doch gleichzeitig hätten die Konsulenten Wasserkraft und Atomkraft in der öffentlichen Wahrnehmung ins gleiche Boot gesetzt – in jenes, das Staatshilfe benötige.

In Sachen AKW stehe die Politik vor einer Güterabwägung, sagt SP-Fraktionschef Roger Nordmann. «Entweder packt sie das Problem an und schafft eine Abwicklungsgesellschaft für die Schliessung der fünf AKW», sagt er. «Oder sie schaut zu, wie sich das Finanzloch vergrössert.» Die fünf AKW produzierten 25 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr, mit 2 Rappen Verlust pro KWh. «Pro Jahr fallen also für alle fünf AKW 500 Millionen Verlust an», sagt Nordmann. «Das Märchen vom billigen Atomstrom ist ausserzählt.»

Beat Schmid
stv. ChefredaktorSchweiz
ohne
Pfus?

Ein Lobbying-Papier brachte diese Woche den Berner Politikbetrieb aus der Fassung. Darin wird beschrieben, was in der Schweizer Stromwirtschaft derzeit schief läuft und mit welchen politischen Massnahmen darauf zu reagieren ist. Der Auftraggeber ist der schlingernde Stromriese Alpiq, der 2015 einen Grossverlust schrieb. Dem zweiten grossen Stromkonzern der Schweiz, der Axpo, geht es nicht viel besser. Auch er pfeift aus dem letzten Loch.

Dass das Konzept an die Öffentlichkeit gelang, ist zwar unerschön, aber das Leck sorgt immerhin dafür, dass die Debatte nicht mehr nach dem Taktstock der Lobbyisten läuft, sondern alle Fragen auf einmal auf den Tisch kommen. So hat die Indiskretion bewirkt, dass die Stromkonzerne offen ihre prekäre Finanzlage thematisieren. Sie haben erstmals zugegeben, dass unter den jetzigen Marktbedingungen ein profitabler Betrieb von Atomkraftwerken nicht möglich ist. Dieses Eingeständnis ist historisch. Angegraute «Atomkraft? Nein, danke»-Aktivistinnen und -Aktivisten müsste das elektrisiert haben.

Was ist los? Billiger Importstrom ist ein Fluch für die Schweizer Stromproduzenten. Sie haben keine Chance gegen Kohlekraftwerke aus Osteuropa – monströse CO₂-Dreckschleudern – und massiv subventionierte Wind- und Solaranlagen in Deutschland, die den Markt mit Dumping-Strom überschwemmen. Der Preis zerfällt dramatisch: Heute kostete eine Megawattstunde noch 23 Franken. Schweizer Kraftwerke benötigen 40 bis 50 Franken, um auf ihre Kosten zu kommen. Eine Zeit lang können sie noch durchhalten, doch in wenigen Jahren werden ihre Verluste so gross sein, dass sie in Konkurs gehen.

Spätestens dann wird sich die Schweiz fragen müssen: Soll unser Land seine Kraftwerke einmotten, oder soll es weiterhin industriell Strom produzieren, auch wenn sich das wegen der deutschen Subventionspolitik nicht mehr rechnet? Die Antwort muss lauten: Ja, die Schweiz muss weiterhin Produktionsland bleiben. Wer das infrage stellt, reisst ein tragendes Element der Schweizer Infrastrukturarchitektur nieder. Das kann sich das Land nicht leisten – die Verluste aus der Stromproduktion hingegen schon.

beat.schmid@schweizamsonntag.ch

Das Coming-out
der Atom-Industrie

Die Betreiber von Atomkraftwerken legen offen, dass sich die AKW nicht rechnen

VON BEAT SCHMID
UND NIKLAUS VONTOBEL

Die Atomenergie hat in der Schweiz einen immer schwierigeren Stand. Erstmals geben die Besitzer der Atomkraftwerke, Axpo und Alpiq, zu, dass sich deren Betrieb wirtschaftlich nicht mehr rechnet. Eine Axpo-Sprecherin sagt: «Die Schweizer Kernkraftwerke erwirtschaften aufgrund der tiefen Preise für Kohle und der Subventionierung von erneuerbaren Energien momentan ihre Vollkosten nicht.» Und auch ein Alpiq-Sprecher lässt durchblicken, dass sich die Schweizer Politik nach den Wasserkraftwerken bald einmal um die Wirtschaftlichkeit der Atomkraftwerke kümmern müsse.

Der Grund, warum die AKW nicht mehr rentabel sind, ist der ins Bodenlose gefallene Preis für Elektrizität. An den Strombörsen wird die Kilowattstunde (kWh) aktuell zur Hälfte der Gesteungskosten von AKW gehandelt. Zwar ist es billiger, die Kraftwerke weiterzubetreiben, als sie sofort stillzulegen, aber auf lange Frist rechnet sich der Betrieb nicht. Wie Recherchen zeigen, gibt es Stimmen innerhalb der Axpo, die die Investitionen in das Kraftwerk Beznau inzwischen kritisieren.

«HÄTTEN WIR GEWUSST, dass die Preise derart stark fallen, hätten wir auf Investitionen wohl besser verzichtet», sagt ein Kadermann. Um die Kosten vollständig zu decken, müsste Axpo 45 Franken bekommen. Derzeit werden mehrjährige Lieferverträge zu 23 Franken pro Megawattstunde ausgehandelt. Der Preis dürfte noch weiter fallen. Gemäss einem internen Worst-Case-Szenario rechnet die

Axpo damit, dass die Preise auf 15 Franken pro Megawattstunde fallen könnten.

Durch diesen Preiszerfall kann auch die Wasserkraft in der Schweiz nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden. Alpiq zum Beispiel kommt gemäss eigenen Angaben mit seinen Wasserkraftwerken auf Kosten von 6,5 Rappen pro kWh. Am Markt erhält der Westschweizer Stromproduzent hingegen bloss noch 2,5 Rappen für diesen Strom.

Damit ist die Produktion von Elektrizität in der Schweiz weitestgehend zu einem Verlustgeschäft geworden. Angesichts dieser Entwicklung erstaunt es nicht, dass sich die Konzerne Gedanken darüber machen, wie sie ihre Kosten an die Kunden oder die Steuerzahler überwälzen können. Sie berufen sich auf das Energiegesetz, wonach eine wirtschaftliche Bereitstellung der Energie in der Schweiz sicherzustellen sei.

Dieses Überwälzen der Kosten könnte auf viele Arten geschehen. Eine staatliche Auffang-Gesellschaft für defizitäre

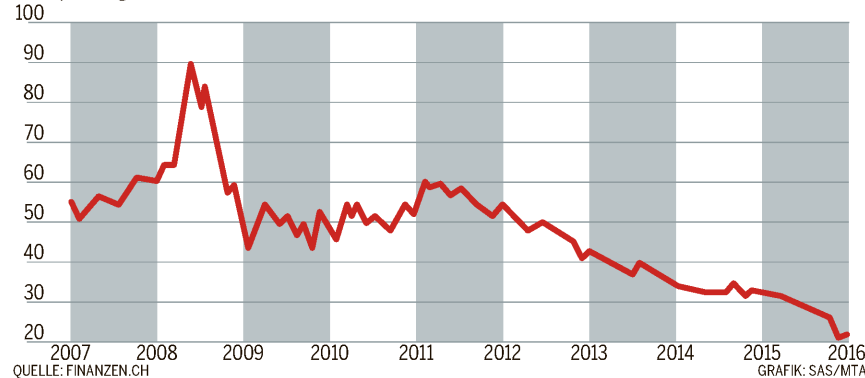
Produktionsanlagen wäre nur eine Option. Das geht aus dem Lobbying-Papier hervor, das die Agentur Hirzel Neff Schmid für Alpiq erstellt und das diese Woche an die Öffentlichkeit gelangte.

Als «Stossrichtung 2» werden etwa «Gesteungskosten für alle» genannt. Zu Gesteungskosten darf derzeit nur verkaufen, wer im Monopol gefangene Kleinkunden mit seinem Verteilernetzwerk direkt beliefert. Alpiq hat keine solchen Kunden und muss direkt im liberalisierten Markt zu Verlust verkaufen. Eine «Aussetzung des Marktes bis zur vollständigen Markttöffnung» war ebenfalls eine Stossrichtung. Oder dass der Staat den Wasser- oder Kernkraftwerken jeweils die Kosten entgeltet, die nicht durch den Marktpreis gedeckt werden.

Das Lobbying-Papier ist gemäss Recherchen von der Pro-AKW-Fraktion der Alpiq den Medien zugespielt worden. Offenbar missfiel dieser die Idee eines Abwicklungsvehikels für AKWs. Alpiq hat eine Untersuchung eingeleitet.

Dramatischer Preiszerfall bei Strom

Preis pro Megawatt/Stunde in Euro



QUELLE: FINANZEN.CH

GRAFIK: SAS/MTA

«Wir machen vorwärts mit der Stilllegung.
Jede Zeitverzögerung kostet uns Geld»

Suzanne Thoma, CEO der BKW, distanziert sich vom Lobby-Vorgehen der Alpiq

Frau Thoma, was dachten Sie, als Sie lasen, dass ein Lobbying-Konzeptpapier die Alpiq über Staatsgelder wieder in die schwarzen Zahlen bringen will?

Suzanne Thoma: Ich war sehr erstaunt. Wir distanzieren uns von einem solchen Vorgehen. Auch die BKW macht natürlich Lobbying. Doch in einem klassischen politischen Sinne. Gemäss diesem Papier, das über die Medien öffentlich wurde, sollen offenbar aber Wissenschaft, Rechtsprofessoren und auch das Volk instrumentalisiert werden.

Ganz offensichtlich lösen die Verluste der Alpiq und das geleakte Konzept ein Nachdenken der Politik aus.

Man realisiert langsam, dass die Situation für die Stromversorgungsunternehmen tatsächlich schwierig ist. Und dass die Energiestrategie 2050 ein Sammelsurium von Einzelmassnahmen ist. Sie schafft Gewinner, aber auch Verlierer.

Zeigt sich nun, dass in Sachen Energiestrategie vieles aufbricht?

Mein Fokus ist, die BKW erfolgreich durch diesen Sturm zu navigieren. Ich kann mir aber vorstellen, dass man den Umbau des Energieversorgungssystems nun grundsätzlicher diskutieren wird. Es gab immer mehr Unzufriedene.

Die BKW handelte als erster Konzern. Er schaltet das AKW Mühleberg 2019 ab. Wie sind Sie unterwegs?

Das Stilllegungsprojekt ist hervorragend unterwegs. Wir haben alle zusätzlichen Sicherheitsvorgaben innerhalb des vorgesehenen Budgets erfüllt. Den Behörden lieferten wir im Dezember die Projekte ab und werden sie im April öffentlich auflegen. Wir haben die 800 Millionen zurückgestellt, die für Stilllegung und Rückbau notwendig sind. Die Diskussionen um ein separates Auffangge-

fäss für Kernkraftwerke kommt für die BKW zu spät. Wir machen jetzt vorwärts. Wir wollen für Stilllegung und Rückbau von Mühleberg nicht wieder von vorne beginnen. Jede Zeitverzögerung kostet uns Geld. Schlicht und einfach weil eine Anlage sehr teuer ist, wenn sie nutzlos in der Gegend steht.

Eines der grossen Probleme der Atombranche scheint die Solidarhaftung zu sein. Bekommt die ganze Branche ein Problem, wenn ein Konzern in Konkurs geht?

Ich denke, dass das nicht der Fall ist. Geht ein Unternehmen in Konkurs, sind die Aktivposten – Wasserkraftwerke

oder andere Geschäfte – immer noch da. Sie würden dann verkauft und der Konzern müsste mit dem Erlös die Verbindlichkeiten decken, also auch die Verbindlichkeiten des Rückbaus.

Sagen Sie damit: Weder Alpiq noch Axpo sind «too big to fail»?

Das ist eine politische Frage. Ich bin CEO der BKW und kann sie nicht beantworten.

Es drängt sich der Verdacht auf, dass man die Alpiq ausbluten lassen will: Der Konzern soll ohne Assets wie Wasserkraftwerke in Konkurs gehen.

Über ein solches Vorgehen wäre die BKW sehr erstaunt. Ein Ausbluten müsste verhindert werden, damit sichergestellt werden kann, dass die Verbindlichkeiten gedeckt wären. Gerade im Zusammenhang mit Stilllegung und Entsorgung von Kernkraftwerken.

Was muss jetzt geschehen?

Es ist wichtig, jetzt nicht in Aktionismus zu verfallen. Das geht immer schief. Energiefragen sind komplex und haben viele Wechselwirkungen. Deshalb sollten Entscheide im Detail geprüft werden. Es gibt im Moment keinen Grund zur Hektik.

Im Parlament geht die Angst um, dass sich zum Beispiel Chinesen nach dem Swiss-Lufthansa-Modell die Wasserkraft zum Nulltarif unter den Nagel reissen.

Das Gute an der Schweizer Wasserkraft ist: Man kann sie nicht abbauen und anderswo wieder aufbauen. Diese Werke bleiben in der Schweiz. (ATT)

BKW-Chefin
Suzanne
Thoma.

ANNA BUDTSCHI

Nant de Drance von Alpiq: Droht der
Verkauf ins Ausland? KEYSTONE

Er hat ein Konzept für eine Abwicklungsgesellschaft der fünf AKW entworfen. Es sieht vor, dass die Aktionäre für die grossen AKW «wenigstens eine Milliarde in die Abwicklungsgesellschaft einzahlen» müssten, «um befreit zu werden»: «Dazu müsste geregelt werden, wann die AKW abgeschaltet würden.» Nordmanns Regel: Je länger ein Konzern seine AKW weiterlaufen lässt, desto mehr müsste er bezahlen. «Der Weiterbetrieb eines grossen AKW kostet rund 150 Millionen pro Jahr.»

KEINEN HANDLUNGSBEDARF sieht man in Sachen AKW bei SVP und FDP. «Wir wollen auf keinen Fall eine Auffanggesellschaft», sagt Nationalrat Röstli. Die FDP ist «gegen staatliche Auffanggesellschaften, egal ob für Atomkraftwerke oder Wasserkraftwerke», betont Nationalrat Christian Wasserfallen. «Es geht nicht an, dass die Kantone Jahrzehnte lang Gewinne einkassieren, Verluste aber an den Bund auslagern wollen.» Er will die Kantone in die Pflicht nehmen. «Wir brauchen endlich eine Diskussion über die Senkung der Wasserzinsen sowie die Ausschüttungen von Mitteln der Energiekonzerne», sagt er, «mit denen die Kantone viel Geld machen.»

FRAGE DER WOCHE

SOLLEN BUND UND KANTONE WASSERKRAFTWERKE ZURÜCKKAUFEN?

Stimmen Sie ab

www.schweizamsonntag.ch oder
E-Mail: leserbriefe@schweizamsonntag.ch